

HAUPTVERBAND DER DEUTSCHEN BAUINDUSTRIE:

„Faire Rahmenbedingungen zum Überleben schaffen“

Der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Prof. Dr. h.c. Ignaz Walter, hat mit Blick auf die unverändert schlechte konjunkturelle Lage der deutschen Bauwirtschaft einen im ganzen Land verbreiteten Attentismus beklagt. Diese abwartende Haltung vieler Institutionen sei nicht nur für die Bau-

wirtschaft, sondern für die gesamte Volkswirtschaft in hohem Maße schädlich. Vor der Presse in Berlin sagte Walter, eine echte Unternehmenstätigkeit käme dabei nach seinen Beobachtungen immer mehr aus der Mode: „Wir praktizieren einen Managerismus in einer Gesellschaft, die nicht zu Kompromissen und auch nicht

dazu bereit ist, Reformen anzugehen.“

Für Walter ist die Bauwirtschaft der Fuchs inmitten einer Treibjagd und die Hilflosigkeit vieler Unternehmen nicht mehr zu überbieten. Verärgert sprach der Präsident von einer kollektiven Dummheit der ganzen Branche. Als dringende Hilfe empfahl er, in

dieser schwierigen Zeit selbst bessere Rahmenbedingungen für das Überleben zu schaffen.

Nach Walters Erfahrungen ist gegenwärtig am Baumarkt ein Geschehen verbreitet, das mit gewissen Tricks bei der Ausschreibung beginne und sich bei der Vergabe damit fortsetze, dass einzelne Positionen verschiedener Angebote zu einem neuen Angebot kombiniert würden. Mit Sicherheit würde sich dann ein Unternehmen finden, das dieses Angebot mit vorhersehbaren Verlusten akzeptiere. Dies finde seine Fortsetzung in der Ausführung und der Abnahme, durch die fällige Zahlungen verzögert würden.

„Nach wie vor eine Schlüsselbranche“

Zu den von ihm empfohlenen Rahmenbedingungen gehöre es deshalb vor allem, keine Verlustpreise mehr zu kalkulieren und keine unfairen Bedingungen zu akzeptieren.

Trotz allem hält der Bauindustrie-Präsident ein Aussteigen aus dem Geschäft des Bauens nicht für ratsam. Wenn die Branche die genannten Bedingungen beachte, werde sie auch bald wieder erfolgreich arbeiten können. Für ihn sei sie nach wie vor eine Schlüsselbranche mit hoher volks- und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung: „Ohne Bauwirtschaft keine gesunde Volkswirtschaft“. H. Be



Prof. Ignaz Walter, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (rechts), ging nicht nur mit der Politik, sondern auch mit den Unternehmen seiner Branche hart ins Gericht. Links der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, RA Michael Knipper. Foto: Becker

NEUES ANGEBOT IN NORDRHEIN-WESTFALEN:

Gewerbliche Ausbildung und Studium kombiniert

Zum 1. Juni 2002 wurde in Nordrhein-Westfalen der erste Duale Studiengang im Bauingenieurwesen mit parallel laufender gewerblicher Ausbildung in einem Bauberuf eingeführt. Dieses attraktive Angebot wurde in einer Kooperation zwischen der Fachhochschule Köln und dem Berufsförderungswerk der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie NRW (Standort: Ausbildungszentrum Kerpen) entwickelt.

Mit dieser neuen Ausbildungsvariante, die die richtige

Mischung zwischen Theorie und Praxis vermittelt, soll der für die Bauindustrie dringend benötigte qualifizierte Nachwuchs für die Zukunft gesichert werden.

Zur Immatrikulation an der Fachhochschule Köln ist ein Ausbildungsvertrag zum „Gehobenen Baufacharbeiter“ in einem der folgenden Berufe erforderlich:

- Hochbau: Maurer/-in, Beton- und Stahlbetonbauer/-in;
- Ausbau: Zimmerer/-in;

- Tiefbau: Straßenbauer/-in, Rohrleitungsbauer/-in, Kanalbauer/-in.

Die Ausbildungszeit zum „Gehobenen Facharbeiter“ beträgt 25 Monate. Die Auszubildenden haben Studentenstatus. Damit entfällt der Berufsschulbesuch. Bereits rund 50 Bauunternehmen haben einen Ausbildungsplatz bereitgestellt.

Der Duale Studiengang Bauingenieurwesen an der FH Köln ist vorerst nur für eine Gruppe von 25 Studenten ausgelegt,

deshalb bemüht sich das Berufsförderungswerk bereits um eine Ausweitung des Studienganges auf andere Standorte.

Nähere Informationen bei: Berufsförderungswerk e.V. der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie NRW, Dr.-Ing. Bernd Garstka, Uhlandstraße 56, 40237 Düsseldorf, Tel: (0211)6703230, E-Mail: b.garstka@bauindustrie-nrw.de.

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Bau muss mit schmerzhaften Einschnitten...

Die direkte Förderung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus ist schlicht nicht mehr zu kürzen. Hier sind die Fördermittel ohnehin schon auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß reduziert. Die Mittel für den Stadtumbau Ost schließlich wird man – insbesondere nachdem sie teilweise auch zur Minderung der Hochwasserschäden eingesetzt werden – nicht antasten.

Indirekte Wirkung auf den Wohnungsbau

Indirekte Wirkungen auf den Wohnungsbau haben zwei andere, inzwischen als relativ sicher geltende Neuregelungen. Zunächst zu nennen ist das Thema „Erbsteuer“. Auch wenn die Bundesregierung nicht die Initiative ergreift, eine Änderung wird kommen. Wahrscheinlich ist, dass die Länder, angeführt von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, einen Gesetzentwurf einbringen, mit dem die Erbschaftsteuer für Immobilienvermögen kräftig angehoben wird. Damit würde man sich im Einvernehmen befinden mit Forderungen des Bundesverfas-

sungsgerichtes und zuletzt des Bundesfinanzhofes, die heute ungleiche Besteuerung von Kapitalvermögen und Immobilienvermögen im Erbfall abzubauen.

Überfällig ist eine Neuordnung der Grundsteuer. Auch hier läuft die Reformdiskussion bereits seit Jahren. An Modellen mangelt es nicht. Alle Modelle, die Realisierungschancen haben, führen bei unbebauten Grundstücken zu einer teilweise deutlich höheren Grundsteuer. Das wäre hinnehmbar, würde es den Grundstücksmarkt beleben. Die Gefahr: Die finanziell mehr als klammen Kommunen dürften die Gelegenheit nutzen, kräftig an ihrer Stellschraube, dem steuerlichen Hebesatz, zu drehen, was dann zu einer entsprechend starken Anhebung der Grundsteuerlast generell führt.

Der heftigste Streit zwischen den rot-grünen Verhandlungspartnern dreht sich um die Verteilung der Mittel für Verkehrsinvestitionen. Da man generell die Investitionen nicht kürzen will, steht offenbar der in der Finanzplanung vorgesehene Gesamtrahmen mit gut 10 Milliarden Euro nicht zur Disposition. Die Frage ist, wie die

se Mittel aufgeteilt werden sollen. Dabei gilt seitens der Grünen die schon in der vorigen Legislaturperiode ausgegebene Parole „Erst die Schiene, dann die Straße“ mehr als zuvor. Heftig geht der Streit auch um den weiteren Ausbau der Wasserstraßen, der durch die Diskussion über die Hochwasserursachen neue Nahrung bekommen hat.

Grüne fordern Kompetenzzuwachs

Dieser Streit lenkt über zu den Spekulationen über die künftige Abgrenzung und einen denkbaren Neuzuschnitt der Ressorts. Die Grünen haben mit ihrem Wahlergebnis neues Gewicht erhalten, das nach ihrer Auffassung entsprechend Niederschlag in Ressortverantwortlichkeiten finden soll. Wenn schon kein vierter grüner Minister, dann doch ein erheblicher Kompetenzzuwachs, so die Forderung von Grünen-Vormann Joschka Fischer. Zur Debatte stehen die Energiepolitik, die bisher im Wirtschaftsministerium verantwortet wird, und aus dem Verkehrsbereich die Verantwortung für die Wasserstraßen, was dann

gleichbedeutend mit einem Baustopp in diesem Bereich sein dürfte.

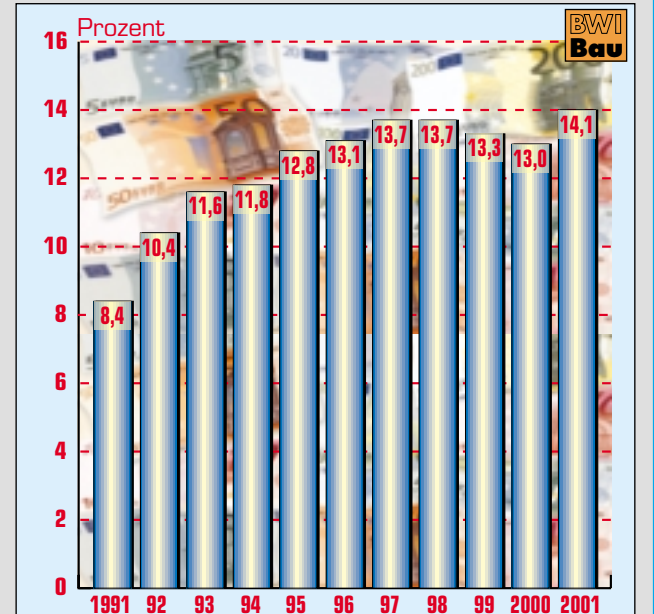
Gewissheit in den noch offenen Fragen dürfte man erst nach Kanzlerwahl und Regierungserklärung Ende Oktober erhalten. Trotz der eingeräumten schwierigen konjunkturellen Situation muss auch der Bau mehr bangen als hoffen. Zu hoffen ist, dass die Modernisierung der Infrastruktur als Schwerpunkt aufgabe erkannt wird. Zu hoffen ist auch, dass man vor dem Hintergrund der zunehmend dramatischer werdenden Haushaltsprobleme neue Finanzierungswege beschreitet. Vorschläge dafür liegen im Verkehrswegebau seit langem auf dem Tisch und müssten jetzt nur konsequent umgesetzt werden. Gleichzeitig sollte der Ansatz der privaten Finanzierung auf den öffentlichen Hochbau übertragen werden. Entschlossenes Handeln in diesem Bereich wäre wichtiger als die dann eher zweitrangige, aber halt immer im Licht der Öffentlichkeit stehende Frage, wer denn nun Anfang November alter oder neuer Verkehrs- und Bauminister sein wird.

Martin Conrads

BAUBLATT-GRAFIK DES MONATS

Entwicklung der Außenstände in der Bauindustrie NRW

Mittlere Außenstände in % der abgerechneten Bauleistung

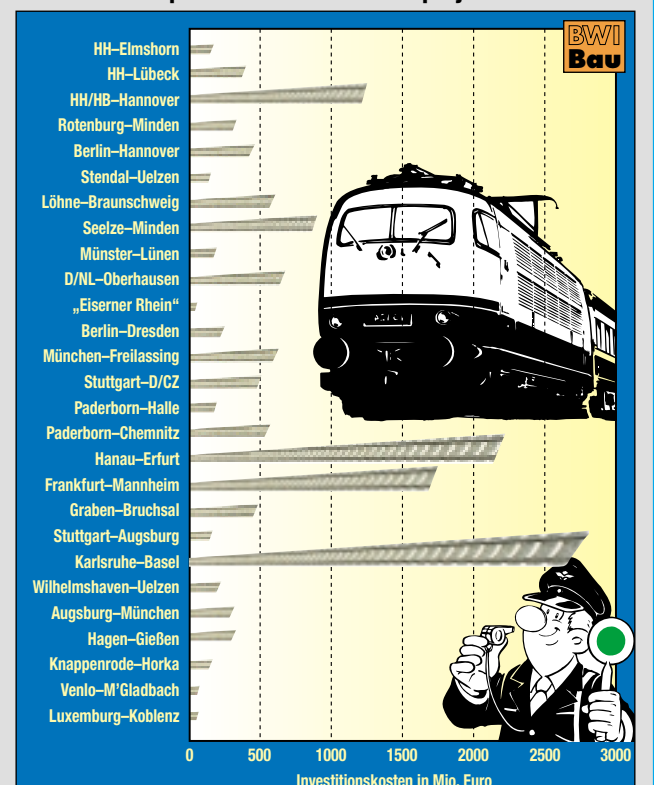


Die Außenstände in der Bauindustrie NRW sind in den letzten Jahren stark angestiegen. So hat die jährlich vom BWI-Bau in Nordrhein-Westfalen durchgeführte Unternehmenskurzanalyse für das vergangene Jahr einen durchschnittlichen Außenstand in Höhe von 14,1 % der abgerechneten Jahresbauleistung ermittelt – ein unerfreulicher Spitzenwert. Hohe Außenstände belasten die Liquidität und können sich rasch zu einem existenziellen Problem für die betroffenen Bauunternehmen entwickeln. Grund für den Anstieg ist vor allem die zunehmende Verschlechterung der Zahlungsmoral.

Datenquelle: Unternehmenskurzanalyse des BWI-Bau

Hoher Ausbaubedarf an Schienenwegen

Geplante Neu- und Ausbauprojekte



Der Ausbau der Schieneninfrastruktur ist unverzichtbar, um die verkehrspolitisch notwendige Stärkung des Eisenbahnverkehrs erzielen zu können. Im Rahmen der derzeit laufenden Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans, der 2003 verabschiedet werden soll, sind 27 Neu- und Ausbauprojekte an Schienenwegen bewertet worden. Das gesamte Investitionsvolumen dieser Projekte beläuft sich auf 16,1 Mrd. Euro.

Datenquelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen

CHANCEN FÜR DEUTSCHE UNTERNEHMEN:

Bausektor in Tschechien wächst kräftig

BRÜNN. Nach Informationen der Internationalen Baumesse (IBF) Brunn eröffnet die Verstärkung der Investitionen ein langfristiges Wachstum von durchschnittlich fünf Prozent im gesamten Bauwesen in der Tschechischen Republik. So wuchs der Bausektor bereits 2000 um fünf Prozent und 2001 um zehn Prozent.

In Tschechien wird verstärkt mit hochwertigen Materialien und allen Konstruktionsvarianten gearbeitet, was besonders deutschen Unternehmen interessante Zukunftschancen bietet – vor allem auch dem Mittelstand. Als Informations- und Präsentationsplattform bietet sich hier die Baumesse in Brunn vom 13. bis 17. April 2003 an.